

Gesetz über Arbeitnehmererfindungen

Boemke / Kursawe

2. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-78816-1
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Boemke/Kursawe
Gesetz über Arbeitnehmererfindungen



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Gesetz über Arbeitnehmer- erfindungen

Kommentar

Herausgegeben von

Dr. Burkhard Boemke

Professor an der Universität Leipzig

und

Dr. Stefan Kursawe

Rechtsanwalt

2. Auflage 2024

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG
beck.de

ISBN 978 3 406 78816 1

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text und Data Mining vorzunehmen.

Bearbeiterverzeichnis

Dr. Burkhard Boemke ..	Professor an der Universität Leipzig
Christina Dorr	Rechtsreferendarin am Oberlandesgericht Nürnberg
Fabian Fegers	Patentanwalt München
Klaus Gennen	Rechtsanwalt und Professor an der Fachhochschule Köln
Dr. Markus J. Goetzmann,	
LL.M.	Rechtsanwalt Köln
Klaus G. Göken	Patentanwalt Bremen
Désirée Heintz	Patentanwältin München
Dr. Stefan Kursawe	Rechtsanwalt Gräfelfing
Dr. Tobias Maier	Rechtsanwalt München
Dr. Alexander Nietham-	
mer, LL.M. (UConn)	Rechtsanwalt München
Dr. Alexander Raif	Rechtsanwalt Berlin
Dr. Bernhard Ulrici	Rechtsanwalt und Privatdozent an der Universität Leipzig



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Im Einzelnen haben bearbeitet

Boemke	Einleitung
	§§ 1, 25, 26
	§§ 28–39
	§§ 43–49
Boemke/Dorr	§§ 40–42
Fegers/Göken/Heintz ...	§§ 9 II.1–5, III–VII, 12 III, IV.1–4
Gennen/Goetzmann	§§ 12 IV.5–VI, 17
Kursawe	§§ 5–8
	§§ 20–24
Niethammer/Maier	§§ 9 I, II.6–8, 10 aF, 12 I, II
	§§ 13–16
Raif	§§ 2–4
Ulrici	§§ 18, 19, 27



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 2. Auflage

Die Zahl der Patentanmeldungen nimmt in den letzten Jahren trotz oder vielleicht auch gerade wegen der (überstandenen) Pandemie kontinuierlich zu. Dies gilt für Deutschland, Europa und sogar weltweit. Beim Deutschen Patent- und Markenamt wurden im Jahr 2023 insgesamt 58.656 Erfindungen zum Patent angemeldet, davon 38.469 aus Deutschland. Eine weitere Steigerung von 2,5% gegenüber dem Vorjahr. Über 80% aller Patentanmeldungen in Deutschland gehen auf Erfindungen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zurück. Dies macht die hohe praktische Bedeutung des Rechts der Arbeitnehmererfindungen deutlich.

Seit dem Erscheinen der Voraufgabe sind nunmehr fast zehn Jahre vergangen. Auch wenn es seitdem nur zu marginalen Gesetzesänderungen, weitgehend im Sinne einer sprachlichen Kosmetik, gekommen ist, hat sich auch das Recht der Arbeitnehmererfindungen weiterentwickelt. Hierzu hat neben der Rechtsprechung auch die Wissenschaft und Praxis durch Kommentierungen, Monographien, Aufsätze und sonstige Publikationen beigetragen. Es war daher an der Zeit, diese Entwicklungen aufzugreifen und diesen durch eine umfassende Überarbeitung und Ergänzung Rechnung zu tragen.

Naturgemäß hat sich im Laufe der Zeit auch der Kreis der Autoren und Autorinnen verändert. Ausgeschieden sind Peter Engemann, Daniel Hoppe-Jänisch, Julian Nebel sowie Till Sachadae. Für ihre Mitwirkung in der Vergangenheit möchten wir uns an dieser Stelle besonders bedanken. Als Bearbeitende neu gewonnen werden konnte Christina Dorr aus dem universitären Bereich sowie aus dem Bereich der Praxis mit dem Patentrecht befasste Patent- und Rechtsanwälte, nämlich Fabian Fegers, Markus J. Goetzmann, Klaus G. Göken, Désirée Heintz, Tobias Meyer sowie Alexander Niethammer. Wir sind überzeugt davon, dass die durch das Ausscheiden der vormaligen Autoren entstandenen Lücken mehr als kompensiert werden konnten.

Die Bearbeitung befindet sich auf dem Stand vom 31.3.2024. Zur Entstehung des Kommentars haben zahlreiche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beigetragen, die hier im Einzelnen nicht namentlich genannt werden können. Ein besonderer Dank der Herausgeber gilt dem Verlag C. H. Beck, der in unendlicher Geduld auch diese Neuauflage begleitet und in vielfältiger Form die Verwirklichung dieses Kommentars unterstützt hat.

Leipzig/München, im Mai 2024

Burkhard Boemke
Stefan Kursawe



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Bearbeiterverzeichnis	V
Im Einzelnen haben bearbeitet	VII
Vorwort zur 2. Auflage	IX
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XXXVII

Gesetz über Arbeitnehmererfindungen

Einleitung	1
------------------	---

Erster Abschnitt. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen

§ 1 Anwendungsbereich	25
§ 2 Erfindungen	60
§ 3 Technische Verbesserungsvorschläge	82
§ 4 Dienstserfindungen und freie Erfindungen	97

Zweiter Abschnitt. Erfindungen und technische Verbesserungsvorschläge von Arbeitnehmern im privaten Dienst

1. Dienstserfindungen

§ 5 Meldepflicht	126
§ 6 Inanspruchnahme	137
§ 7 Wirkung der Inanspruchnahme	142
§ 8 Frei gewordene Dienstserfindungen	149
§ 9 Vergütung bei Inanspruchnahme	160
§ 10 aF Vergütungsanspruch bei beschränkter Inanspruchnahme	285
§ 11 Vergütungsrichtlinien	295
§ 12 Feststellung oder Festsetzung der Vergütung	302
§ 13 Schutzrechtsanmeldung im Inland	364
§ 14 Schutzrechtsanmeldung im Ausland	396
§ 15 Gegenseitige Rechte und Pflichten beim Erwerb von Schutzrechten	424
§ 16 Aufgabe der Schutzrechtsanmeldung oder des Schutzrechts	435
§ 17 Betriebsgeheimnisse	480

2. Freie Erfindungen

§ 18 Mitteilungspflicht	498
§ 19 Angebotspflicht	519

3. Technische Verbesserungsvorschläge

§ 20	549
------------	-----

4. Gemeinsame Bestimmungen

§ 21 [aufgehoben]	557
§ 22 Unabdingbarkeit	557
§ 23 Unbilligkeit	568
§ 24 Geheimhaltungspflicht	575
§ 25 Verpflichtungen aus dem Arbeitsverhältnis	581

Inhaltsübersicht

§ 26 Auflösung des Arbeitsverhältnisses	602
§ 27 Insolvenzverfahren	612
5. Schiedsverfahren	
§ 28 Gütliche Einigung	667
§ 29 Errichtung der Schiedsstelle	681
§ 30 Besetzung der Schiedsstelle	684
§ 31 Anrufung der Schiedsstelle	702
§ 32 Antrag auf Erweiterung der Schiedsstelle	717
§ 33 Verfahren vor der Schiedsstelle	720
§ 34 Einigungsvorschlag der Schiedsstelle	734
§ 35 Erfolgreiche Beendigung des Schiedsverfahrens	751
§ 36 Kosten des Schiedsverfahrens	761
6. Gerichtliches Verfahren	
§ 37 Voraussetzungen für die Erhebung der Klage	766
§ 38 Klage auf angemessene Vergütung	785
§ 39 Zuständigkeit	794

Dritter Abschnitt. Erfindungen und technische Verbesserungsvorschläge von Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst, von Beamten und Soldaten

§ 40 Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst	809
§ 41 Beamte, Soldaten	848
§ 42 Besondere Bestimmungen für Erfindungen an Hochschulen	858

Vierter Abschnitt. Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 43 Übergangsvorschrift	900
§ 44 (weggefallen)	907
§ 45 Durchführungsbestimmungen	907
§ 46 Außerkrafttreten von Vorschriften	909
§ 47 (aufgehoben)	910
§ 48 (aufgehoben)	911
§ 49 Inkrafttreten	911

Anhang

Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen	913
Sachverzeichnis	917

Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis	V
Im Einzelnen haben bearbeitet	VII
Vorwort	IX
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XXXVII

Gesetz über Arbeitnehmererfindungen

Einleitung	1
I. Regelungsgegenstand	2
1. Problemstellung und Aufgabe	2
2. Sozialpolitische Zwecksetzung	3
3. Wirtschaftspolitische Zielsetzung	5
4. Rechtstatsächliche Bedeutung	6
II. Entstehungsgeschichte	7
1. Regelungslosigkeit (Zeit bis 1942)	7
2. Regelung durch die ArbNERfVO 1942 und die DVO 1943 (Zeitraum von 1942 bis 1957)	13
3. ArbNERfG von 1957	14
4. Änderungen des ArbNERfG seit 1957	16
III. Inhalt und Aufbau des Gesetzes	17
1. Erster Abschnitt	17
2. Zweiter Abschnitt	17
3. Dritter Abschnitt	18
4. Viertes Abschnitt	18
IV. Arbeitnehmererfindungsrecht und Grundrechte	18
1. Allgemeines	18
2. Einzelne Grundrechte	19
V. Besonderheiten im Beitrittsgebiet	22
1. Allgemeines	22
2. Fertigstellung der Erfindung	23
3. Anzuwendende Vorschriften	23

Erster Abschnitt. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen

§ 1 Anwendungsbereich	25
I. Überblick	26
1. Inhalt	26
2. Sinn und Zweck	26
II. Sachlicher Geltungsbereich	27
1. Erfindungen	27
2. Einzelfälle und Abgrenzung	27
III. Persönlicher Geltungsbereich	35
1. Überblick	35
2. Erfinder	35
3. Arbeitgeber	55

Inhaltsverzeichnis

4. Anwendung kraft Vereinbarung	57
5. Betriebsübergang	58
6. Rechtsstellung von Erben	59
IV. Räumlicher Geltungsbereich	59
1. Allgemein	59
2. Internationales Arbeitnehmererfindungsrecht	60
V. Zeitlicher Geltungsbereich	60
§ 2 Erfindungen	60
I. Vorbemerkung	61
1. Entstehungsgeschichte	62
2. Sinn und Zweck	62
II. Tatbestandsvoraussetzungen	63
1. Erfindung	63
2. Schutzfähigkeit	70
III. Rechtsfolgen	79
IV. Rechtsstreitigkeiten	79
1. Feststellung der Schutzfähigkeit	79
2. Einwand mangelnder Schutzfähigkeit	80
3. Versagung der Schutzfähigkeit	82
§ 3 Technische Verbesserungsvorschläge	82
I. Vorbemerkung	83
1. Entstehungsgeschichte	83
2. Sinn und Zweck	84
II. Tatbestandsvoraussetzungen	85
1. Vorschlag	85
2. Technische Neuerung	86
3. Verhältnis zu Erfindungen	89
4. Mehrere Beteiligte	89
III. Rechtsfolgen	90
1. Rechtserwerb	90
2. Vergütung	91
3. Meldung des Verbesserungsvorschlags	92
4. Beteiligung des Betriebsrats	94
IV. Rechte bei Pflichtverstößen	96
§ 4 Diensterfindungen und freie Erfindungen	97
I. Vorbemerkung	98
1. Entstehungsgeschichte	98
2. Sinn und Zweck	99
II. Tatbestandsvoraussetzungen	100
1. Fertigstellung	100
2. Dauer des Arbeitsverhältnisses	101
3. Betrieb	107
4. Öffentliche Verwaltung	108
5. Aufgabenerfindung (§ 4 Abs. 2 Nr. 1)	108
6. Erfahrungserfindung (§ 4 Abs. 2 Nr. 2)	114
7. Freie Erfindungen	119
8. Erfindungen von Beamten und Soldaten	121
9. Mehrere Erfinder	121
III. Regelungsgehalt	122
IV. Rechtsstreitigkeiten	123
1. Rechte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer	123
2. Darlegungs- und Beweislast	123

Zweiter Abschnitt. Erfindungen und technische Verbesserungsvorschläge von Arbeitnehmern im privaten Dienst

1. Dienstserfindungen	126
§ 5 Meldepflicht	126
I. Vorbemerkung	127
1. Entstehungsgeschichte	127
2. Sinn und Zweck	127
II. Geltungsbereich der Meldepflicht	128
1. Persönlicher Geltungsbereich	128
2. Sachlicher Geltungsbereich	128
III. Empfänger der Meldung	129
IV. Rechtsnatur der Meldung	130
1. Die Meldung als rechtsgeschäftsähnliche Handlung	130
2. Auf die Meldung anwendbare Vorschriften über die Willenserklärungen	131
V. Zeitpunkt der Meldung	132
VI. Form	132
VII. Inhaltliche Anforderungen an die Meldung	133
1. Gesonderte Erfindungsmeldung	133
2. Pflichtangaben	134
3. Soll-Angaben	135
VIII. Bestätigung durch den Arbeitgeber	135
IX. Unvollständige Meldungen	136
X. Rechtsfolgen der vorsätzlichen Verletzung der Meldepflicht	136
XI. Wegfall der Meldepflicht	137
§ 6 Inanspruchnahme	137
I. Vorbemerkung	138
1. Entstehungsgeschichte	138
2. Sinn und Zweck	138
II. Gegenstand der Inanspruchnahme	139
III. Die Inanspruchnahmeerklärung	139
1. Rechtsnatur der Erklärung	139
2. Form	140
3. Frist	140
4. Adressat	140
5. Vorbehalt der Schutzfähigkeit	140
6. Entscheidung über die Inanspruchnahme	140
IV. Fiktion der Inanspruchnahme (Abs. 2)	141
1. Vorbemerkung	141
2. Voraussetzung der ordnungsgemäßen Meldung	141
3. Eingang der Meldung	141
4. Fristbeginn und Fristablauf	141
5. Abweichende Vereinbarungen	142
V. Freigabe nach Inanspruchnahme	142
VI. Beweislast	142
VII. Keine Anwendung auf technische Verbesserungsvorschläge	142
§ 7 Wirkung der Inanspruchnahme	142
I. Vorbemerkung	143
1. Entstehungsgeschichte	143
2. Sinn und Zweck	143
II. Rechtswirkung der Inanspruchnahme	143
1. Allgemeines	143

Inhaltsverzeichnis

2. Zugang der Erklärung gem. § 6 Abs. 1	144
3. Übergang der vermögenswerten Rechte	144
4. Befugnisse des Arbeitgebers	145
5. Pflichten des Arbeitgebers gegenüber dem Arbeitnehmer	146
III. Rechte des Arbeitgebers bei Schutzrechtsanmeldung durch den Arbeitnehmer oder durch Dritte	146
1. Schutzrechtsanmeldung durch den Arbeitnehmer vor Inanspruchnahme	146
2. Schutzrechtsanmeldung durch den Arbeitnehmer nach Inanspruchnahme	147
3. Schutzrechtsanmeldung durch Dritte	147
4. Auslandsschutzrechtsanmeldungen	147
5. Weitere Ansprüche	147
IV. Erfinderpersönlichkeitsrecht	148
1. Erfinderehre	148
2. Anspruch auf Erfinderbenennung und Erfindernennung	148
V. Verfügungsbeschränkung (Abs. 2)	149
1. Verfügungen vor Inanspruchnahme	149
2. Verfügungen nach Inanspruchnahme	149
3. Verfügungen vor Freigabe	149
§ 8 Frei gewordene Dienstleistungen	149
I. Vorbemerkung	150
1. Entstehungsgeschichte	150
2. Sinn und Zweck	150
II. Rechtsnatur der Freigabe	151
1. Die Freigabe als Willenserklärung	151
2. Inhalt der Freigabeerklärung	151
3. Form	152
4. Zeitpunkt	152
III. Rechtsfolgen der Freigabe	153
1. Wegfall der Verfügungsbeschränkung gem. § 7 Abs. 2	153
2. Schutzrechtsanmeldung (§§ 13, 14)	153
3. Wegfall der Mitteilungs- und Anbieterspflicht gem. §§ 18, 19 (Satz 2)	153
4. Fortbestand der Verschwiegenheitspflicht und arbeitsvertraglichen Treuepflichten	153
5. Wegfall von Pflichten des Arbeitgebers	154
IV. Freigabe nach Inanspruchnahme	154
V. Mehrheit von Erfindern	155
VI. Freigabe bei Unklarheit über die Schutzfähigkeit	155
Einleitung §§ 9–12 ArbNErfG	156
I. Funktion des Arbeitnehmererfindungsgesetzes	156
II. Grundlage des Vergütungsanspruchs	156
III. Das Vergütungssystem des Arbeitnehmererfindungsgesetzes	157
IV. Vergütung für in Anspruch genommene Dienstleistungen	158
V. Reform des Arbeitnehmererfindungsgesetzes 2009	159
VI. Erfindungen auf dem ehemaligen Gebiet der DDR	159
§ 9 Vergütung bei Inanspruchnahme	160
I. Allgemeines	161
1. Rechtsgrund und Rechtsnatur des Vergütungsanspruchs	161
2. Monopol- und/oder Sonderleistungsprinzip als dogmatische Grundlage des Vergütungsanspruchs	163
II. Der Vergütungsanspruch	164
1. Vergütungsschuldner und Vergütungsgläubiger	164

2. Entstehung des Vergütungsanspruchs	169
3. Angemessenheit der Vergütung	173
4. Fälligkeit des Vergütungsanspruchs	177
5. Dauer des Vergütungsanspruchs	181
6. Verjährung des Vergütungsanspruchs	185
7. Verwirkung des Vergütungsanspruchs	191
8. Tarifvertragliche Ausschlussfristen für Vergütungsansprüche	193
III. Sonstige Arten der Erfindervergütung	193
1. Einmalige Gesamtabfindungen und mehrmalige Pauschalvergütungen/Incentive Programme/Unternehmenseigene Vergütungsrichtlinien	194
2. Gehaltsanhebungen/Beförderungen/Erfolgprämien	204
3. Sachleistungen	205
IV. Bemessung der Vergütung	206
1. Grundlage der Angemessenheit der Vergütung	206
2. Vergütungsbemessung nach § 9 Abs. 2	209
3. Erfindungswert	211
4. Anteilsfaktor (RL Nr. 30 ff.)	265
V. Wegfall der Vergütung (RL Nr. 38)	274
VI. Rechnerische Ermittlung der Vergütung (RL Nr. 39)	275
VII. Auskunftserteilung/Rechnungslegung	276
§ 10 aF Vergütungsanspruch bei beschränkter Inanspruchnahme	285
I. Einleitung	286
II. Der Vergütungsanspruch	287
1. Natur des Vergütungsanspruchs	287
2. Entstehung des Vergütungsanspruchs	288
3. Dauer des Vergütungsanspruchs	289
4. Einwand der mangelnden Schutzfähigkeit	290
5. Feststellung der Schutzunfähigkeit	291
III. Höhe der Vergütung	293
IV. Verjährung, Verwirkung	295
§ 11 Vergütungsrichtlinien	295
I. Einleitung	295
II. RL 1959 und RL 1960	296
1. Rechtsnatur der Vergütungsrichtlinien	296
2. Bedeutung der Vergütungsrichtlinien	297
III. Anwendungsbereich	298
1. Sachlicher Anwendungsbereich	298
2. Persönlicher Anwendungsbereich	299
IV. Alternativen in Unternehmen	299
1. Unternehmenseigene Vergütungsrichtlinien	299
2. Unternehmensrichtlinien	300
3. Incentive-Programme	300
V. Aktualität der Vergütungsrichtlinien	301
§ 12 Feststellung oder Festsetzung der Vergütung	302
I. Allgemeines	304
II. Feststellung der Vergütung	305
1. Rechtsnatur der Vergütungsfeststellung	305
2. Zustandekommen/Inhalt der Vergütungsfeststellung	306
3. Frist für die einvernehmliche Feststellung	310
4. Wirksamkeit von Feststellungsvereinbarungen	313
III. Feststellung bei Miterfindern (§ 12 Abs. 2)	316
1. Allgemeines	316

Inhaltsverzeichnis

2. Bestimmung der Miterfinderanteile	317
3. Gesonderte Feststellung	324
4. Bekanntgabe der Gesamthöhe der Vergütung und der Anteile der Miterfinder	325
IV. Festsetzung der Vergütung	326
1. Allgemeines	326
2. Voraussetzungen	326
3. Rechtsnatur, Form und Inhalt der Festsetzung	330
4. Frist zur Festsetzung	336
5. Verbindlichkeit der Festsetzung	340
6. Widerspruch gegen die Festsetzung	341
V. Besonderheiten bei Miterfindern gemäß § 12 V	346
1. Quotenwiderspruch	346
2. Keine Erfassung festgestellter Miterfinderanteile	349
3. Miterfinderanteilsvereinbarungen	350
4. Nachträgliches Hinzutreten von Miterfindern	351
VI. Neuregelung der Vergütung gemäß § 12 VI	352
1. Einleitung	352
2. Voraussetzungen	354
3. Verzichtbarkeit	359
4. Verjährung/Verwirkung	361
5. Berücksichtigung von Altregelungen im Rahmen der Neuregelung	361
6. Geltendmachung und Durchsetzung	362
7. Rückforderungsverbot des § 12 Abs. 6 Satz 2	363
§ 13 Schutzrechtsanmeldung im Inland	364
I. Vorbemerkungen	366
1. Allgemeines	366
2. Entstehungsgeschichte	366
3. Sinn und Zweck der Vorschrift	367
II. Systematik	367
III. Anmeldepflicht und Anmelde-recht im Inland (Abs. 1)	368
1. Allgemeines	368
2. Tatbestand	368
3. Rechtsfolge	372
IV. Entfallen der Anmeldepflicht (Abs. 2)	380
1. Tatbestand	381
2. Rechtsfolge	386
V. Ersatzvornahmerecht des Arbeitnehmers (Abs. 3)	386
1. Tatbestand	387
2. Rechtsfolge	389
VI. Folgen des Freiwerdens (Abs. 4)	390
VII. Durchsetzung/Pflichtverletzungen	391
1. Gerichtliche Zuständigkeit	391
2. Pflichtverletzungen des Arbeitgebers	392
3. Pflichtverletzungen des Arbeitnehmers	394
VIII. Recht auf Akteneinsicht	395
IX. Incentive-Systeme	395
1. Hintergrund	395
2. Abverkauf der Anmeldepflicht nach § 13	395
§ 14 Schutzrechtsanmeldung im Ausland	396
I. Vorbemerkungen	398
1. Allgemeines	398

Inhaltsverzeichnis

2. Entstehungsgeschichte	398
3. Sinn und Zweck der Vorschrift	398
II. Systematik	399
III. Anmelderecht im Ausland (Abs. 1)	400
1. Tatbestand	400
2. Rechtsfolge	401
3. Entsprechende Anwendung	403
4. Anmeldung durch den Arbeitnehmer	404
IV. Anspruch auf Freigabe und Ermöglichung des Erwerbs von Auslandsschutzrechten (Abs. 2)	405
1. Allgemeines	405
2. Tatbestand	405
3. Rechtsfolge	405
4. Ausnahmen vom Freigabeanspruch	409
5. Verletzung der Freigabepflicht	413
6. Durchsetzung der Freigabepflicht	414
V. Rechte des Arbeitgebers bei Freigabe (Abs. 3)	414
1. Vorbehalt des Benutzungsrechts (Abs. 3 Alt. 1)	414
2. Berücksichtigungspflicht (Abs. 3 Alt. 2)	423
§ 15 Gegenseitige Rechte und Pflichten beim Erwerb von Schutzrechten	424
I. Einleitung	425
1. Entstehungsgeschichte	425
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	425
II. Systematik	426
1. Allgemeines	426
2. Abdingbarkeit	426
III. Die Informationspflicht des Arbeitgebers (Abs. 1)	427
1. Tatbestand	427
2. Rechtsfolge	429
3. Kein Erlöschen des Anspruchs	430
4. Verletzung der Informationspflicht	431
IV. Die Unterstützungspflicht des Arbeitnehmers (Abs. 2)	431
1. Tatbestand	431
2. Rechtsfolge	432
3. Erklärungswert der Unterstützungshandlung	433
4. Verletzung der Unterstützungspflicht	435
§ 16 Aufgabe der Schutzrechtsanmeldung oder des Schutzrechts	435
I. Einleitung	437
1. Entstehungsgeschichte	437
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	438
II. Systematik	440
1. Abgrenzung zur Freigabe	440
2. Relative Wirkung der Vorschrift	440
3. Freiwilligkeit der Schutzrechtsaufgabe	441
III. Allgemeiner Geltungsbereich	442
1. Grundsatz	442
2. Rechtsnachfolge	442
3. Insolvenz des Arbeitgebers	443
4. Erfasste Schutzrechte und Anmeldungen	443
IV. Absicht der Schutzrechtsaufgabe nach Abs. 1	447
1. Tatbestand	447
2. Rechtsfolge	457

Inhaltsverzeichnis

V. Aufgabe der Schutzrechtsposition nach Abs. 2	468
1. Tatbestand	468
2. Rechtsfolge	469
VI. Vorbehalt des Mitbenutzungsrechts nach Abs. 3	470
1. Tatbestand	470
2. Rechtsfolge	471
VII. Sonstiges	476
1. Pflichtverletzungen	476
2. Behandlung von Miterfindern	478
§ 17 Betriebsgeheimnisse	480
I. Vorbemerkung	481
1. Entstehungsgeschichte und früheres Recht	481
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	481
II. Bestehen eines Betriebsgeheimnisses – „berechtigte Belange des Betriebes“, Geheimnisschutz	482
1. Bestehen berechtigter Belange	482
2. Fortfall berechtigter Belange	483
3. Der Einfluss des GeschGehG	484
III. Erklärungen des Arbeitgebers im Zusammenhang mit Betriebsgeheimnissen bzw. mit § 17	488
1. Grundsätze	488
2. Erklärung zum Betriebsgeheimnis	489
3. Anerkenntnis der Schutzfähigkeit	490
4. Bestreiten der Schutzfähigkeit	491
IV. Folgen des Anerkenntnisses, Beseitigung des Anerkenntnisses	492
1. Bindung an das Anerkenntnis	492
2. Geheimhaltungspflicht der Beteiligten	495
3. Auswirkungen auf die Auslandsfreigabe	495
V. Streitigkeiten (Abs. 2)	496
VI. Vergütung (Abs. 3)	497
1. Grundzüge	497
2. Ausgleich wirtschaftlicher Nachteile	498
2. Freie Erfindungen	498
§ 18 Mitteilungspflicht	498
I. Vorbemerkungen	500
1. Entstehungsgeschichte	500
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	501
3. Anwendungsbereich	503
II. Voraussetzungen der Mitteilungspflicht	503
1. Überblick	503
2. Freie Erfindung	504
3. Während der Dauer des Arbeitsverhältnisses	504
4. Ausnahme (Abs. 3)	506
III. Inhalt der Mitteilungspflicht (Abs. 1 Satz 1, 2)	508
1. Allgemeines	508
2. Verpflichteter und Berechtigter	509
3. Notwendige Angaben	510
4. Form der Mitteilung	512
5. Zeitpunkt der Mitteilung	513
6. Rechtsfolgen	513
IV. Widerspruchsobliegenheit des Arbeitgebers (Abs. 2)	514
1. Entstehung	514

2. Erklärung des Widerspruchs	516
3. Rechtsfolgen	517
§ 19 Anbieterspflicht	519
I. Vorbemerkungen	520
1. Entstehungsgeschichte	520
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	522
3. Anwendungsbereich	526
II. Voraussetzungen der Anbieterspflicht (Abs. 1 Satz 1 Hs. 1, 3)	526
1. Überblick	526
2. Freie Erfindung	527
3. Bevorstehende Verwertung	527
4. Während der Dauer des Arbeitsverhältnisses	529
5. Arbeitsbereich des Arbeitgebers	529
III. Inhalt der Anbieterspflicht (Abs. 1 Satz 1 Hs. 2)	531
1. Überblick	531
2. Verpflichteter und Berechtigter	532
3. Inhalt des Antrags	533
4. Form des Antrags	538
5. Zeitpunkt des Antrags	539
6. Rechtsfolgen	539
IV. Reaktion des Arbeitgebers (Abs. 2, 3)	541
1. Überblick	541
2. Annahme	541
3. Annahme unter Vorbehalt	543
4. Ablehnung oder Nichtannahme des Antrags	545
V. Vertragsanpassung (Abs. 4)	547
1. Überblick	547
2. Voraussetzungen	547
3. Verfahren	548
4. Rechtsfolgen	549
3. Technische Verbesserungsvorschläge	549
§ 20	549
I. Vorbemerkung	550
1. Entstehungsgeschichte	550
2. Sinn und Zweck	550
II. Vergütungspflicht des Arbeitgebers	551
1. Voraussetzung der Vergütungspflicht	551
2. Grundsätze der Vergütungspflicht (Abs. 1 Satz 2)	553
3. Abweichung von den §§ 9 und 12 ArbNErfG	553
4. Verfahrensrecht	554
III. Übrige Behandlung technischer Verbesserungsvorschläge (Abs. 2)	554
1. Delegation an die Tarif- oder Betriebsparteien	554
2. Individualvertragliche Regelung und Direktionsrecht	555
3. Mitteilung technischer Verbesserungsvorschläge	556
4. Vergütung einfacher technischer Verbesserungsvorschläge	556
4. Gemeinsame Bestimmungen	557
§ 21 [aufgehoben]	557
§ 22 Unabdingbarkeit	557
I. Vorbemerkung	558
1. Entstehungsgeschichte	558
2. Sinn und Zweck	558
II. Aufbau der Vorschrift	559

Inhaltsverzeichnis

III. Sachlicher Geltungsbereich	560
1. Vorbemerkung	560
2. Betriebliche Übung	561
3. Betriebsinterne Richtlinien, Vorgaben und Incentive-Programme ...	561
4. Arbeitsverträge und andere Individualvereinbarungen	561
5. Betriebsvereinbarungen	562
6. Tarifverträge	562
7. Einzelfälle	562
IV. Persönlicher Geltungsbereich	564
V. Günstigkeitsvergleich	564
1. Vergleichsgegenstand	565
2. Vergleichsmaßstab	565
3. Vergleichszeitpunkt	566
VI. Rechtsfolge unzulässiger Vereinbarungen	566
VII. Rechtslage nach Meldung oder Mitteilung (Satz 2)	567
1. Vorbemerkung	567
2. Betriebsinterne Richtlinien und Vorgaben	567
3. Individualvereinbarungen	567
4. Betriebsvereinbarungen	567
5. Tarifverträge	568
6. Einzelfälle	568
§ 23 Unbilligkeit	568
I. Vorbemerkung	569
1. Entstehungsgeschichte	569
2. Sinn und Zweck	569
II. Verhältnis zu anderen Vorschriften	570
III. Sachlicher Geltungsbereich	570
1. Vorbemerkung	570
2. Individualvereinbarungen vor Meldung oder Mitteilung	571
3. Individualvereinbarungen nach Meldung oder Mitteilung	571
4. Freiwillige Betriebsvereinbarungen	571
5. Tarifverträge	571
IV. Persönlicher Geltungsbereich	571
V. Begriff der Unbilligkeit	571
1. Vorbemerkung	571
2. Erheblichkeit	571
3. Beurteilungsmaßstab	572
4. Beurteilungszeitpunkt	572
5. Einzelfälle	572
VI. Form und Frist der Geltendmachung (Abs. 2)	573
1. Form	573
2. Frist	574
3. Inhalt	574
4. Zugang	574
5. Ausschlussfristen	574
6. Verwirkung	574
7. Verjährung	574
VII. Rechtsfolgen der erheblichen Unbilligkeit	575
VIII. Verfahren	575
1. Rechtsweg	575
2. Beweislast	575
3. Geltendmachung nach Fristablauf	575

§ 24 Geheimhaltungspflicht	575
I. Sinn und Zweck	576
II. Verhältnis zu anderen Geheimhaltungspflichten	576
III. Geheimhaltungspflicht des Arbeitgebers (Abs. 1)	576
1. Inhalt der Geheimhaltungspflicht	576
2. Dauer der Geheimhaltungspflicht	577
3. Folgen des Verstoßes	578
IV. Geheimhaltungspflicht des Arbeitnehmers (Abs. 2)	578
1. Inhalt und Dauer der Geheimhaltungspflicht	578
2. Folgen des Verstoßes	579
V. Geheimhaltung und Auswertungsverbot durch sonstige Personen	579
1. Adressatenkreis	579
2. Inhalt	580
3. Dauer	580
4. Folgen des Verstoßes	580
VI. Darlegungs- und Beweislast	580
§ 25 Verpflichtungen aus dem Arbeitsverhältnis	581
I. Vorbemerkung	581
1. Entstehungsgeschichte	581
2. Sinn und Zweck	581
II. Fortbestehen arbeitsrechtlicher Pflichten (Hs. 1)	582
1. Grundsatz	582
2. Pflichten des Arbeitgebers	582
3. Pflichten des Arbeitnehmers	592
III. Pflichten bei frei gewordenen Erfindungen (Hs. 2)	596
1. Frei gewordene Erfindungen iSd § 8	596
2. Analoge Anwendung für freie Erfindungen iSv § 4 Abs. 3	598
IV. Zulässigkeit von Einspruch-, Nichtigkeits- und Lösungsklagen	598
1. Popularklage	598
2. Ausschluss des Klagerechts	598
§ 26 Auflösung des Arbeitsverhältnisses	602
I. Vorbemerkungen	602
1. Entstehungsgeschichte	602
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	603
3. Anwendungsbereich	604
II. Tatbestand	604
1. Auflösung des Arbeitsverhältnisses	604
2. Auflösungsgründe	605
3. Keine Auflösungsgründe	605
III. Rechtsfolge	605
1. Allgemeines	605
2. Einzelfragen	608
IV. Vertragsgestaltung	611
§ 27 Insolvenzverfahren	612
I. Vorbemerkungen	615
1. Entstehungsgeschichte	615
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	617
3. Systematik der Vorschrift	619
4. Anwendungsbereich (Einleitungssatz)	621
II. Allgemeine Wirkungen der Insolvenzeröffnung	625
1. Arbeitsverhältnis	625
2. Schutzrecht und Nutzungsverhältnis	628

Inhaltsverzeichnis

III. Veräußerung mit Geschäftsbetrieb (Nr. 1)	641
1. Allgemeines	641
2. Tatbestand	642
3. Rechtsfolge	646
IV. Verwertung im Unternehmen des Schuldners (Nr. 2)	648
1. Allgemeines	648
2. Tatbestand	649
3. Rechtsfolge	650
V. Anbietungspflicht (Nr. 3)	652
1. Allgemeines	652
2. Tatbestand	653
3. Rechtsfolgen	657
4. Besonderheiten bei Miterfinderschaft	663
VI. Vergütungsansprüche als Insolvenzforderungen (Nr. 4)	666
5. Schiedsverfahren	667
§ 28 Gütliche Einigung	667
I. Vorbemerkung	667
1. Entstehungsgeschichte	667
2. Sinn und Zweck	668
3. Rechtsnatur der Schiedsstelle	668
4. Praxis des Schiedsstellenverfahrens	669
II. Sachliche Zuständigkeit der Schiedsstelle (Satz 1)	669
1. Regelungsinhalt	669
2. Zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	669
3. Streitfall aufgrund des ArbNErfG	673
III. Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	676
1. Überblick	676
2. Antrag	676
3. Rechtsschutzinteresse	677
4. Anwendbarkeit des ArbNErfG	677
5. Sonstige Verfahrensvoraussetzungen	678
6. Prüfung der Zulässigkeit	678
7. Rechtsbehelfe gegen Schiedsstellenentscheidungen	678
IV. Gütlicher Einigungsversuch (Satz 2)	679
1. Ziel des Verfahrens	679
2. Ausdrückliche Einigung	679
3. Einigung aufgrund Einigungsvorschlags der Schiedsstelle	680
4. Keine Einigung	681
§ 29 Errichtung der Schiedsstelle	681
I. Vorbemerkungen	681
1. Entstehungsgeschichte	681
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	682
II. Errichtung der Schiedsstelle beim Deutschen Patent- und Markenamt (Abs. 1)	682
1. Errichtung	682
2. Beim Deutschen Patent- und Markenamt	682
III. Zusammentreffen außerhalb des Sitzes	683
1. Keine Residenzpflicht	683
2. Verfahren	683
3. Ermessensentscheidung	683

§ 30 Besetzung der Schiedsstelle	684
I. Vorbemerkungen	685
1. Entstehungsgeschichte	685
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	686
II. Besetzung der Schiedsstelle	686
1. Überblick	686
2. Vorsitzender und Vertreter (Abs. 1 und 2)	687
3. Amtlicher Beisitzer (Abs. 1 und 3)	690
III. Erweiterte Besetzung (Abs. 4)	693
1. Sinn und Zweck	693
2. Verfahren	694
3. Zusätzliche Beisitzer	695
4. Vorschlagslisten (Satz 3)	696
5. Stellung der Beisitzer	699
IV. Pflichten der Mitglieder der Schiedsstelle	700
1. Persönliche Unabhängigkeit (Abs. 6 Satz 2)	700
2. Geheimhaltungspflicht	701
V. Dienstaufsicht (Abs. 6 Satz 1)	701
1. Allgemeines	701
2. Zuständigkeit	702
§ 31 Anrufung der Schiedsstelle	702
I. Allgemeines	703
1. Rechtsentwicklung	703
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	703
3. Abgrenzung zu §§ 80 Abs. 1 Nr. 1, 84 Abs. 1 BetrVG	704
II. Anrufung der Schiedsstelle (Abs. 1)	705
1. Anrufungsbefugnis	705
2. Schriftlicher Antrag (Satz 1)	705
3. Ausfertigungen (Satz 2)	708
4. Inhalt des Antrags (Satz 3)	708
III. Zustellung des Antrags (Abs. 2)	711
1. Förmliche Zustellung	711
2. Adressat der Zustellung	711
3. Aufforderung zur Stellungnahme	712
IV. Rechtswirkungen des Antrags	712
1. Wirkungen nach dem ArbNErfG	712
2. Fristwahrung	713
V. Antragsrücknahme	715
1. Zulässigkeit	715
2. Form	716
3. Wirkungen	716
§ 32 Antrag auf Erweiterung der Schiedsstelle	717
I. Allgemeines	717
1. Rechtsentwicklung	717
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	717
II. Erweiterungsantrag	718
1. Antragsfordernis	718
2. Form	718
III. Antragsfrist	718
1. Für den Antragsteller (Hs. 1)	718
2. Für den Antragsgegner (Hs. 2)	719
3. Ausschlussfrist	719

Inhaltsverzeichnis

IV. Mehrere Beteiligte	719
V. Rechtsfolge	719
§ 33 Verfahren vor der Schiedsstelle	720
I. Vorbemerkung	721
1. Entstehungsgeschichte	721
2. Sinn und Zweck	721
II. Ausschluss und Ablehnung von Schiedsstellenmitgliedern analog §§ 41–48 ZPO (Abs. 1 Satz 1 Var. 1)	722
1. Allgemeines	722
2. Ausschluss eines Schiedsstellenmitglieds (§ 41 ZPO)	722
3. Ablehnung eines Schiedsstellenmitglieds	723
III. Gleichbehandlung und rechtliches Gehör (§ 1042 Abs. 1 ZPO iVm Abs. 1 Satz 1 Var. 2)	725
1. Gleichbehandlung der Beteiligten (§ 1042 Abs. 1 Satz 1 ZPO)	725
2. Rechtliches Gehör (§ 1042 Abs. 1 Satz 2 ZPO)	725
3. Folgen von Verstößen	726
IV. Beweisaufnahme und sonstige richterliche Handlungen (§ 1050 ZPO iVm Abs. 1 Satz 1 Var. 3)	726
V. Vertretung der Beteiligten (§ 1042 Abs. 2 ZPO iVm Abs. 1 Satz 2)	727
VI. Sonstige Verfahrensgrundsätze und Verfahrensgestaltung (Abs. 2)	727
1. Allgemeines	727
2. Verfahrensgrundsätze	728
3. Verfahrensgestaltung	730
VII. Verstöße gegen Verfahrensvorschriften und -grundsätze	732
1. Grundsatz	732
2. Fallgruppen	733
3. Rechtsbehelfe gegen fehlerhafte Schiedsstellenentscheidungen	733
§ 34 Einigungsvorschlag der Schiedsstelle	734
I. Vorbemerkung	735
1. Entstehungsgeschichte	735
2. Sinn und Zweck	736
II. Entscheidungen der Schiedsstelle durch Beschluss (Abs. 1)	736
1. Beschlüsse	736
2. Beschlussfassung	737
3. Fehlerhafte Beschlüsse	738
III. Der Einigungsvorschlag (Abs. 2)	738
1. Allgemeines (Abs. 2 Satz 1)	738
2. Form (Abs. 2 Satz 2)	741
3. Hinweispflicht (Abs. 2 Satz 3)	743
4. Zustellung (Abs. 2 Satz 4)	744
IV. Verbindlichkeit des Einigungsvorschlags (Abs. 3)	744
1. Regelungsinhalt	744
2. Annahme	744
3. Widerspruch (Abs. 3)	745
V. Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand (Abs. 4 und 5)	748
1. Wiedereinsetzungsgrund	748
2. Wiedereinsetzungsantrag (Abs. 4)	750
3. Entscheidung der Schiedsstelle (Abs. 5)	751
4. Wirkung der Wiedereinsetzung	751
§ 35 Erfolgreiche Beendigung des Schiedsverfahrens	751
I. Allgemeines	752
1. Entstehungsgeschichte	752
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	752

II. Beendigungstatbestände (Abs. 1)	753
1. Kein abschließender Katalog	753
2. Nichtäußerung des Antragsgegners innerhalb der Einlassungsfrist gem. § 31 Abs. 2 (Abs. 1 Nr. 1)	753
3. Verfahrensablehnung (Abs. 1 Nr. 2)	756
4. Widerspruch gegen den Einigungsvorschlag (Abs. 1 Nr. 3)	756
5. Sonstige Beendigungsgründe	757
6. Keine Beendigungsgründe	757
III. Vorgehen bei mehreren Beteiligten	758
1. Grundsatz	758
2. Notwendige Streitgenossenschaft	759
IV. Mitteilung der erfolglosen Beendigung (Abs. 2)	759
1. Rechtsnatur und Bedeutung	759
2. Mitteilungspflicht	760
3. Form und Frist	760
§ 36 Kosten des Schiedsverfahrens	761
I. Allgemeines	761
1. Entstehungsgeschichte	761
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	761
II. Keine Verfahrenskosten	762
1. Weder Gebühren noch Auslagen	762
2. Keine Beschränkung	763
III. Kosten der Beteiligten	763
1. Kein verfahrensrechtlicher Kostenerstattungsanspruch	763
2. Kostenerstattung bei nachfolgendem Gerichtsverfahren	764
3. Zivilrechtliche Kostenerstattungsansprüche	764
IV. Gebührenanspruch des Rechtsanwalts	765
6. Gerichtliches Verfahren	766
§ 37 Voraussetzungen für die Erhebung der Klage	766
I. Allgemeines	767
1. Entstehungsgeschichte	767
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	768
II. Das Schiedsverfahren als vorgerichtliches Verfahren (Abs. 1)	768
1. Verfahrensrechtliche Gesichtspunkte	768
2. Rechte und Rechtsverhältnisse nach dem ArbNErfG	771
3. Vorausgegangenes Schiedsverfahren	774
III. Ausnahmen von der Notwendigkeit des Schiedsverfahrens (Abs. 2–5) ..	775
1. Klage aus Vereinbarung (Abs. 2 Nr. 1)	775
2. Ausscheiden des Arbeitnehmers (Abs. 2 Nr. 3)	777
3. Vereinbarter Verzicht auf das Schiedsverfahren (Abs. 2 Nr. 4)	782
4. Verzicht auf das Schiedsverfahren durch „rügeloses Einlassen“ (Abs. 3)	782
5. Arrest und einstweilige Verfügung (Abs. 4)	783
6. Anordnung der Klageerhebung gem. §§ 926, 936 ZPO (Abs. 5)	784
IV. Keine Ausnahmetatbestände	784
1. Hauptintervention (§ 64 ZPO)	784
2. Widerklage	785
3. Aufrechnung	785
§ 38 Klage auf angemessene Vergütung	785
I. Vorbemerkungen	786
1. Entstehungsgeschichte	786
2. Sinn und Zweck	786

Inhaltsverzeichnis

II. Streit über Höhe der Vergütung (Hs. 1)	787
1. Höhe	787
2. Vergütung	787
3. Nach dem ArbNErfG	788
III. Unbezifferter Klageantrag (Hs. 2)	789
IV. Sonstige prozessuale Fragen	790
1. Bestimmtheit der Klageschrift	790
2. Entscheidung des Gerichts	792
3. Stufenklage (§ 254 ZPO)	793
§ 39 Zuständigkeit	794
I. Allgemeines	795
1. Rechtsentwicklung	795
2. Sinn und Zweck der Norm	796
II. Voraussetzungen der Zuständigkeitsregelungen	796
1. Überblick	796
2. Zuständigkeit der Gerichte für Patentstreitsachen	797
3. Zuständigkeit der Gerichte für Arbeitssachen/Verwaltungsgerichte (Abs. 2)	799
III. Rechtsfolgen der Zuständigkeitsregelung	800
1. Grundsatz	800
2. Prüfung der Zuständigkeitsvoraussetzungen durch das angerufene Gericht	802
3. Prozessuale Sonderkonstellationen	805
4. Anzuwendende Verfahrensregeln (Abs. 1 Satz 2)	808
IV. Zuständigkeit bei technischen Verbesserungsvorschlägen	809
1. Streitigkeiten der Arbeitsvertragsparteien	809
2. Streitigkeiten im Beamtenverhältnis	809
Dritter Abschnitt. Erfindungen und technische Verbesserungsvorschläge von Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst, von Beamten und Soldaten	
§ 40 Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst	809
I. Allgemeines	811
1. Rechtsentwicklung	811
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	813
II. Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst (Einleitungssatz)	815
1. Persönlicher Anwendungsbereich	815
2. Sachlicher Anwendungsbereich	818
III. Grundsatz: Uneingeschränkte Geltung des ArbNErfG (Einleitungssatz aE)	818
1. Allgemeines	818
2. Systematische Grundlage	819
3. Uneingeschränkt geltende Normen	819
4. Geltung der Vorschriften für Arbeitnehmer in privaten Diensten (zweiter Abschnitt)	819
IV. Sonderregelungen für den öffentlichen Dienst	820
1. Inanspruchnahme einer angemessenen Beteiligung (Nr. 1)	820
2. Regelung technischer Verbesserungsvorschläge durch Dienstvereinbarung (Nr. 2)	833
3. Verwertungsbeschränkungen (Nr. 3)	836
4. Vorschlagsrecht für Arbeitgeberbesitzer (Nr. 4)	844
5. Eigene Schiedsstellen der öffentlichen Verwaltung (Nr. 5)	846

Inhaltsverzeichnis

§ 41 Beamte, Soldaten	848
I. Allgemeines	849
1. Rechtsentwicklung	849
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	850
II. Anwendungsbereich	851
1. Personeller Anwendungsbereich	851
2. Sachlicher Anwendungsbereich	853
III. Entsprechende Anwendung von § 40	853
1. Grundsatz	853
2. Melde- und Mitteilungspflichten	854
3. Treuepflichten	856
4. Nebentätigkeitsrecht	856
IV. Streitigkeiten über Erfindungen und technische Verbesserungsvorschläge	857
1. Anrufung der Schiedsstelle	857
2. Schiedsstellenverfahren als Klagevoraussetzung	858
3. Gerichtliche Zuständigkeit	858
§ 42 Besondere Bestimmungen für Erfindungen an Hochschulen	858
I. Allgemeines	860
1. Rechtsentwicklung	860
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	862
3. Bewertung der Neuregelung	866
4. Vereinbarkeit mit Verfassungsrecht	867
II. An einer Hochschule Beschäftigte (§ 42 Einleitungssatz)	867
1. Begriff der Hochschule	867
2. Begriff des Beschäftigten	869
3. Begrenzung auf staatliche Hochschulen	871
III. Grundsatz: Geltung des ArbNErfG	872
IV. Sonderregelungen für Hochschulerfindungen	872
1. Offenbarungsrecht (Nr. 1)	872
2. Geheimhaltungsrecht (Nr. 2)	884
3. Nichtausschließliches Nutzungsrecht (Nr. 3)	890
4. Vergütung des Hochschulerfinders (Nr. 4)	893
5. Ausschluss der Ertragsbeteiligung nach § 40 Nr. 1 (Nr. 5)	899

Vierter Abschnitt. Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 43 Übergangsvorschrift	900
I. Allgemeines	901
1. Rechtsentwicklung	901
2. Sinn und Zweck der Vorschrift	901
II. Übergangsbestimmungen zum Hochschullehrerprivileg (Abs. 1 und 2)	902
1. Allgemeines	902
2. Anwendbarkeit des neuen Rechts (Abs. 1 Satz 1)	902
3. Anwendbarkeit des alten Rechts (Abs. 2)	902
4. Sonderfall: Vereinbarung der Übertragung der Rechte an Erfindungen (Abs. 1 Satz 2)	903
III. Übergangsbestimmungen zur ArbNErfG-Novelle von 2009 (Abs. 3) ..	905
1. Allgemeines	905
2. Maßgeblicher Stichtag	905
3. Anwendung des früheren Rechts	906
§ 44 (weggefallen)	907

Inhaltsverzeichnis

§ 45 Durchführungsbestimmungen	907
I. Allgemeines	908
1. Rechtsentwicklung	908
2. Sinn und Zweck	908
II. Gegenstand der Verordnungsermächtigung	908
III. Ausübung der Verordnungsermächtigung	909
§ 46 Außerkrafttreten von Vorschriften	909
I. Allgemeines	909
II. Gegenstand der Regelung	910
1. Aufhebung der VO 1942 und der DVO 1943	910
2. Geltung der Vergütungsrichtlinien von 1944	910
§ 47 (aufgehoben)	910
§ 48 (aufgehoben)	911
§ 49 Inkrafttreten	911
I. Inhalt der Regelung	911
II. Bisherige Gesetzesänderungen	911

Anhang

Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen	913
Sachverzeichnis	917


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG